

1 **Kongress 2019 des Mouvement Ecologique**
2 **- Motionsentwurf des Verwaltungsrates**

3

4 **Wie soll das Europa aussehen, in dem wir**
5 **morgen leben wollen?**

6 **Ökologische, soziale und demokratische Modernisierung der EU**
7 **voranbringen!**

8

9 Heute ist wohl europaweit so vielen Menschen wie selten zuvor bewusst, dass die EU vor äußerst
10 grundsätzlichen Fragen ihrer Entwicklung steht:

11 Wird es der EU gelingen, sich zu einer Wertegemeinschaft hin zu entwickeln, in der u.a. Demokratie,
12 soziale Gerechtigkeit, Erhalt unser natürlichen Lebensgrundlagen, gerechte
13 Welthandelsbedingungen im Fokus stehen? Oder festigen wir eine EU, die sich auf Kosten der
14 Länder des Südens entwickelt, Raubbau an unserem Planeten betreibt, große Defizite auf
15 demokratischer Ebene aufzeigt und neo-liberalen Wirtschaftsansichten Vorrang vor dem
16 Gemeinwohl gibt?

17

18 **Die Bewältigung der gewaltigen Herausforderungen unserer Zeit kann dabei nur gemeinsam von**
19 **allen Mitgliedstaaten angegangen und gelöst werden: Zerstörung der Lebensgrundlagen,**
20 **Biodiversitätsverlust, Klimawandel, Migrationsfragen, soziale Ungleichheiten als Konsequenz u.a.**
21 **der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik u.a.m..**

22

23 **Deshalb ist nicht die Frage, “Wollen wir mehr oder weniger Europa?” – sondern: “Wie soll das**
24 **Europa aussehen, in dem wir morgen leben wollen?”**

25

26 Auf EU-Ebene, ebenso wie in Luxemburg selbst, steht letztlich unser Gesellschafts- und
27 Wirtschaftsmodell zur Debatte.

28

29 *“Eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft sowie eine lebenswerte, intakte Umwelt haben das*
30 *Potenzial, das verbindende Element für ein zukunftsfähiges und demokratisches Europa zu werden.*
31 *(...) **In den kommenden fünf Jahren muss die EU einen ökologischen, sozialen und politischen***
32 ***Umbau einleiten und voranbringen.** Die EU benötigt eine nachhaltige Energie- und Verkehrswende,*
33 *eine konsequente Dekarbonisierung der Industrie sowie eine grundlegende Neuausrichtung der*
34 *Agrarpolitik, die durch eine Offensive im Natur- und Artenschutz unterstützt wird. Ziel dabei ist,*
35 *deutlich weniger Energie, Ressourcen und Flächen zu verbrauchen und unsere natürlichen*
36 *Lebensgrundlagen hier und weltweit zu erhalten.” so der deutsche Naturschutzring, gemeinsam mit*
37 *mehr als 90 Umwelt-, Dritte Welt-, Landwirtschafts- und gesellschaftspolitischen Organisationen in*
38 *der Einführung zu ihren Forderungen für die Europawahlen.*

39

40 In welche Richtung wird die EU z.B bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gehen?
41 Für welche Entwicklung wird sich die EU bei der anstehenden Regulierungsdebatte von
42 Multinationalen, der Ausrichtung der Freihandelsabkommen oder der Überarbeitung der
43 Wasserrahmenrichtlinie entscheiden?

44

45 Die Liste der Beispiele ließe sich beliebig fortführen und zeigt auf, dass es Aufgabe des kommenden
46 EU-Parlamentes sein wird, die Weichen für die grundsätzliche Orientierung der EU im Sinne einer
47 Wertegemeinschaft sowie der nachhaltigen Entwicklung zu stellen.

48

49 **Der Mouvement Ecologique erwartet, dass die Luxemburger Parteien für ökologische und soziale**
50 **Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit und Solidarität als Leitbilder eintreten. Dies ohne**
51 **Wenn und Aber, ohne sich im Alltagspragmatismus zu verlieren oder vermeintlichen kurzfristigen**
52 **Zwängen zu unterliegen.**

53

54

55

56 **EU-Wahlen 2019 :**

57 **Europa nachhaltiger, ökologischer, sozialer und**
58 **demokratischer gestalten**

59 **Leitbilder für die zukünftige EU-Politik**

60

61

62 **1. Nachhaltige Entwicklung mit Leben füllen - Erhalt der Ökosysteme und**
63 **der Lebensgrundlagen als zentrales Leitbild**

64

65 Leitlinie der EU bei allen Entscheidungen muss der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen -
66 Biodiversität, Luft, Wasser, Boden, Klima - sein! Dabei müssen die nachhaltigen Entwicklungsziele
67 (SDGs) der Vereinten Nationen die weitere Grundlage für die Zukunft Europas bilden und
68 konsequent umgesetzt werden. Diese sollten dabei nicht nur bei Politikentscheidungen innerhalb
69 der EU selbst berücksichtigt werden, sondern ebenfalls in den internationalen Beziehungen und
70 Vereinbarungen.

71 Die nachhaltige Entwicklung sowie die natürlichen Lebensgrundlagen müssen somit als
72 übergreifendes und prioritäres Leitprinzip der EU gefestigt werden!

73

74 **2. Für ein starkes soziales Europa**

75 Das Europäische Sozialmodell sollte verstärkt allen BürgerInnen umfassenden und fairen Schutz
76 bieten, dabei Armut lindern und jedem die Möglichkeit bieten, sich zu entfalten. Menschenwürdige
77 Arbeit, angemessenes Einkommen und soziale Absicherung, Minderung der Kluft zwischen
78 Wohlhabenden und Benachteiligten sowohl auf globaler, wie auch auf europäischer, Ebene, Zugang
79 zum öffentlichen Gesundheitssystem und erschwinglichem Wohnraum für alle,
80 Umweltgerechtigkeit, gleiche Bildungschancen, Gleichberechtigung zwischen Geschlechtern u.a.
81 müssen in Zukunft weitaus stärker die *Prioritäten der europäischen Gemeinschaft* prägen.

82

83

84 **3. EU-Strukturen demokratischer gestalten und Transparenz schaffen -**
85 **Ein reelles Europa der BürgerInnen schaffen**

86

87 EU-Entscheidungsprozesse erscheinen zahlreichen BürgerInnen als undemokratisch. Es besteht z.B.
88 das Bild einer EU-Kommission, die über die Köpfe der Menschen hinweg und untransparent
89 entscheidet. Notwendig ist eine demokratische und für die Menschen greifbare EU mit sowohl

90 transparenten als auch nachvollziehbaren Entscheidungsprozessen und Strukturen. Rats- und
91 Parlamentssitzungen müssen z.B. von der Öffentlichkeit verfolgt werden können. Lobbyismus muss
92 offengelegt und reguliert werden - nicht nur durch ein verbindliches Register.
93 BürgerInnen muss zudem verstärkt Informations- und Mitwirkungsrechte eingeräumt werden, dies
94 auf allen Ebenen. Es gilt eine *partizipative EU* zu schaffen, die das Recht auf Information sicherstellt,
95 im Umweltbereich die Vorgaben der Aarhus-Konvention zur frühzeitigen Bürger- und
96 Verbandsbeteiligung vollständig umsetzt, Rekursmöglichkeiten gegen Entscheidungen verbessert
97 u.a.m.

98
99 Dies würde die Legitimität der EU stärken, ein ausgewogeneres Engagement der Interessengruppen
100 sicherstellen und Interessenkonflikte mindern.

101

102

103 **4. Wirtschaftsmodell im Respekt der Grenzen des Planeten reformieren**

104

105 Vor allem auf EU-Ebene gilt noch immer die Maxime eines unendlichen Wirtschaftswachstums auf
106 einem begrenzten Planeten. Dabei ist das heutige Wirtschaftsmodell sowohl mit Deregulierung,
107 Ausbeutung der Dritten Welt, Verlust unserer Lebensgrundlagen, sozialen Spannungen u.a.m. mehr
108 verbunden. Dringend geboten ist ein europäisches Wirtschaftsmodell, das sich vom Dogma des
109 Wachstums entkoppelt, die Priorität auf das Wohlbefinden der Menschen setzt und nicht die
110 deregulierte Globalisierung und Profitsteigerung von Betrieben als Leitlinie verfolgt.

111

112 Wir brauchen ein Wirtschaftsmodell, dass den Grenzen der Belastbarkeit des Planeten Rechnung
113 trägt und in erster Linie dem Wohl der Menschen dient. Forderungen in diesem Zusammenhang
114 sind: Erstellung eines PIB du Bien-Être, Durchführung einer nachhaltigen Steuerreform,
115 konsequente Gewährleistung einer Kreislaufwirtschaft, erhebliche Reduktion des
116 Ressourcenverbrauchs durch Vermeidung, Wiederverwertung und Reparatur als zentrale Ziele,
117 Verbot der "Obsoleszenz", Förderung des Gemeinwohls u.a.m.

118

119

120 **5. Suffizienz und nachhaltiger Lebensstil als Gesellschaftsbild**

121

122 Kein Weg führt jedoch daran vorbei, unseren Lebensstil sowie die grundsätzliche Ausrichtung des
123 Wirtschaftssystems auf eine konstante Konsum- und Produktivitätssteigerung., aufgrund der damit
124 verbundenen negative Konsequenzen, zu hinterfragen. Im Fokus muss das Allgemeinwohl stehen,
125 und - bei Wahrung der Verteilungsgerechtigkeit - nicht eine konstante Steigerung materieller Güter.

126

127 Über die Förderung von technischer Effizienzsteigerung zur Lösung der Umwelt- und
128 Klimaproblematik hinaus, gilt es den Fokus verstärkt auf *Suffizienz und Langlebigkeit* zu richten. Es ist
129 Rolle auch der EU - durch entsprechende Fördermaßnahmen sowie Direktiven bzw. Integration des
130 Prinzips in sektorielle Direktiven - weitaus verstärkt u.a. neue Lebensmodelle,
131 Gemeinwohliniitiativen, Regionalität sowohl auf nationaler wie auch auf grenzüberschreitender
132 Ebene, neue Arbeitszeitmodelle u.a.m. zu unterstützen.

133

134

135 **6. EU-Haushalt an Nachhaltigkeitszielen orientieren**

136

137 Der derzeitige EU-Haushalt steht weitgehend im Widerspruch zu EU- und internationalen Zielen in
138 Bezug auf Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz. Die heutige Haushaltspolitik sichert nicht die
139 notwendige Umgestaltung, um Klima- und Umweltprioritäten nach 2020 zu stärken.

140

141 Der EU-Haushalt sollte - als Rahmen für sektorielle Entscheidungen - Nachhaltigkeit, wirtschaftliche
142 Gerechtigkeit und Wohlstand fördern, dies durch verstärkte Investitionen in soziale Infrastrukturen,
143 Bildung, Kultur, Klimaschutz, Biodiversität, soziale Gerechtigkeit u.a.m.

144

145 Geboten ist hierfür u.a. ein mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) für Projekte im Sinne der nachhaltigen
146 Entwicklung. Umwelt- und klimaschädliche Subventionen gilt es entsprechend konsequent
147 abzuschaffen, bestehende Subventionspraxisen umzuorientieren (z.B. auf der Ebene der
148 Landwirtschaftspolitik).

149

150

151 **7. Erhalt der Biodiversität als absolute Priorität**

152

153 Wir kennen heute einen Biodiversitätsverlust dramatischen Ausmaßes, dies vor allem was das
154 Insektensterben angeht. So wichtig die bis dato auf EU-Ebene erlassenen Naturschutzdirektiven
155 waren: sie reichen bei weitem nicht aus, um diesem Verlust unserer Lebensgrundlagen ein Ende zu
156 setzen. Zu deren Schutz ist vor allem eine tiefgreifende *Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik*
157 notwendig, eine starke Reduktion bzw. das mittelfristige Verbot von Pestiziden, aber auch eine
158 verstärkte Strategie zur Erhaltung der Biodiversität, eine gezielte Offensive zum Insektenschutz,
159 weitaus weitreichendere Finanzmittel zum Erhalt der Biodiversität, die konsequente Ahndung von
160 Verstößen, ein gezielter Artenschutz (Vogelschutz, Schutz von Beutegreifern, Unterbindung des
161 Handels mit wildlebenden Tieren) sowie ein Stop des alarmierenden Waldverlustes.

162

163 Die EU hat sonder Zweifel mit der Wasserrahmenrichtlinie neue Akzente im Sinne des
164 Wasserschutzes gesetzt. Es gilt diese beim Fitnesscheck dieser so wichtigen Richtlinie noch zu
165 verstärken, damit das wichtige Lebensgut endlich ausreichend geschützt wird.

166

167

168 **8. Agrarpolitik: Weg vom Weltmarkt, hin zu nachhaltigen 169 Produktionsformen**

170

171 Der dramatische Biodiversitätsverlust geht einher, mit einem dramatischen Sterben von
172 Bauernhöfen. Um beiden entgegenzuwirken, führt kein Weg an einer fundamentalen Reform der
173 Gemeinsamen Agrarpolitik vorbei.

174

175 Dabei gilt es weg zu kommen von einer primär auf den Weltmarkt orientierten
176 Landwirtschaftspolitik, hin zu einer progressiven Ernährungssouveränität, zur Förderung einer
177 ökologisch-bäuerlichen, umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft mit regionalen
178 Wertschöpfungsketten und strukturreichen Agrarlandschaften. Dabei müssen ökologische
179 Mindeststandards gelten, der Schutz der biologischen Vielfalt gestärkt, der Wasser- und
180 Bodenschutz als Priorität anerkannt, der Bodenschutz gewährleistet sowie die Energie- und
181 Klimaziele gemäß den Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens anerkannt werden.

182 Als grundsätzliche Orientierung gilt u.a.: "*Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen, statt
183 pauschaler Prämien*".

184

185

186

9. Dem Klimaschutz zum Durchbruch verhelfen

187

188 Mit dem Pariser Abkommen hat sich Europa verpflichtet, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5°
189 Celsius zu begrenzen. Dies bedeutet, dass die EU bis spätestens Mitte des Jahrhunderts – wobei bis
190 2040 angesichts der Herausforderungen angemessener wäre - eine vollständige Dekarbonisierung
191 ihrer Wirtschaft erreicht haben muss.

192 Ein Ausstieg aus den fossilen Energien muss konsequent erfolgen, Energieeffizienz verstärkt,
193 Energieeinsparen erreicht und der Anteil erneuerbarer Energien konsequent gesteigert werden.
194 Dabei gilt es sich definitiv von nicht zukunftsfähigen Technologien, nicht-nachhaltigen Bioenergien
195 und Atomkraft zu verabschieden.

196 Der Sonderbericht des Weltklimarates hat zudem aufgezeigt, dass die derzeitige europäische Politik
197 den Zielen von Paris nicht gerecht wird. Klimaschutz braucht einen grundsätzlichen wirtschaftlichen
198 und gesellschaftlichen Wandel, z.T. auch mit flankierenden Maßnahmen, wie u.a.einer europaweit
199 geltenden CO2-Besteuerung. Das Zeitfenster in dem es äußerst tiefgreifend zu handeln gilt ist zudem
200 sehr klein. Laut IPCC-Report bleiben uns knapp 5-10 Jahre, um den Klimakollaps zu vermeiden.

201

202

203

10. Umwelt- und Gesundheitsschutz sicherstellen

204

205 Gemäß Schätzungen liegen die globalen Kosten aufgrund der Schadeinwirkungen von Chemikalien
206 bei mehr als 10% des globalen Bruttoinlandproduktes (BIP). Gleichzeitig wird davon ausgegangen,
207 dass jährlich EU-weit über 430.000 Menschen frühzeitig aufgrund von Luftverschmutzung sterben.
208 Geboten ist eine europäische Strategie für eine giffreie Umwelt, die ebenfalls als Anstoß für
209 ähnliche Entwicklungen in anderen Regionen der Welt dienen kann.

210

211 Auf EU-Ebene ist ein *ambitioniertes 8. Umweltaktionsprogramm* und dessen Umsetzung zu
212 gewährleisten, inkl. der Verabschiedung strengerer Normen im Rahmen des Fitnesschecks der
213 Richtlinie zur Luftqualität, ebenso wie eine noch stärker auf den Gesundheitsschutz orientierte
214 Fortführung von Reach.

215

216

217

11. Nachhaltige Verkehrswende garantieren

218 Die erheblichen Mobilitätsprobleme, die sich heute stellen, resultieren auch aus der ausufernden
219 Globalisierung mit einem nicht mehr hinnehmbaren Warentransport, einer "just in time"
220 Wirtschaftslogik, was z.T. zu sozial problematischen Arbeitsbedingungen im Transportsektor führt.
221 Ebenso führt der rasant zunehmende Flugverkehr in eine Sackgasse. Dies sowohl verkehrspolitisch
222 wie auch aus Umwelt-, Gesundheits- und Klimaschutzsicht. Eine radikale Wende ist somit geboten!

223

224 Diese Wende erfordert u.a. eine Verlagerung der europäischen Investitionspolitik weg von
225 ökologisch und ökonomisch fragwürdigen Straßenbauprojekten hin zum konsequenten Ausbau der
226 Schieneninfrastruktur und der Wasserwege, eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene,
227 strengere Grenzwerte für LKWs und PKWs sowie die Einführung einer Kerosinssteuer um den
228 Flugverkehr erheblich einzudämmen.

229

230

12. Forschung im Sinne des Gemeinwohl sicherstellen!

231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272

Die in der Forschung gesetzten (politische) Prioritäten, haben einen entscheidenden Einfluss auf die Zukunft unserer Gesellschaften und unseres Planeten. Die Forschungspolitik der EU sollte weitaus stärker als heute dazu beitragen, Europa und die Welt zu einem ökologisch nachhaltigen, friedlichen und gesunden Lebensraum zu machen.

EU-Forschung sollte dabei von demokratischen Entscheidungsprozessen geprägt sein, in erster Linie im Dienste der Menschen stehen und die Grenzen unseres Planeten respektieren. Sie sollte sich von stark wachstumsorientierten, ressourcenintensiven Wirtschaftsmodellen verabschieden. Ebenso darf den Budgets von Militär und Wirtschaft kein Vorrang gegenüber sozialen und ökologischen Fragestellungen eingeräumt werden.

Forschung und Innovation muß auf die großen Herausforderungen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Ressourcenknappheit und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet sein.

13. Handelsabkommen reformieren

Eine Neuorganisation des Welthandels, sollte anstatt einer neoliberalen Handelspolitik, von gerechten, sozialen, ökologischen und demokratischen Kriterien geprägt werden. Vor allem gilt es, den mittels Freihandelsabkommen ausgeübten, Raubbau an der sogenannten Dritten-Welt zu beenden.

Handelsabkommen sollten allen Menschen, ArbeitnehmerInnen und Mittelbetrieben zugute kommen. Handels- und Investitionsabkommen sind in erster Linie auf das Wohl und Interesse der Öffentlichkeit auszurichten - und nicht etwa auf die Senkung der Kosten- oder sonstigen Belastungen von Unternehmen.

Das Pariser Klimaabkommen, das Vorsorgeprinzip, die Vermeidung von Umweltaubbau und Nicht-Schaden-Bestimmungen sollten ebenso wie Sozialstandards z.B. mit rechtsverbindlichen und durchsetzbaren Kapiteln zur nachhaltigen Entwicklung aufgenommen werden. Schiedsgerichte, die eine Art Paralleljustiz darstellen, sowie bestehende Sonder- oder Vorzugsrechte für Investoren sollten abgeschafft werden.

Bestehende müssen gemäß diesen Prinzipien abgeändert werden – neue Abkommen müssen ihnen zwingend Rechnung tragen.

273 **Annexe zum Motionsentwurf**

274

275 **Die Rolle Luxemburgs in der EU**

276

277 In zwei Monaten sind Wahlen auf EU-Ebene. Außer über die Kandidatenlisten ist jedoch bis dato
278 recht wenig über die zentralen Thesen der verschiedenen politischen Parteien anlässlich dieser
279 Wahlen bekannt.

280

281 Diese höchst unzufriedenstellende Thematisierung der EU-Politik entspricht aber leider auch der
282 heutigen politischen Realität. So wird z.B. die Haltung der Luxemburger Regierung sowie
283 verschiedener Ministerien zu relevanten EU-Fragen auf EU-Ebene nur in seltensten Fällen öffentlich
284 im Vorfeld diskutiert. Ja, es ist häufig nicht einmal gewusst, welche Stellung von Luxemburger Seite
285 aus ergriffen wurde. Auch die Abgeordnetenkammer wird - wenn heute auch etwas häufiger als in
286 der Vergangenheit - letztlich nur gelegentlich mit EU-Dossiers befasst!

287

288 Gleiches gilt eigentlich für das Abstimmungsverhalten der Europaparlamentarier bei wichtigen Voten
289 im Parlament. Dieses dringt kaum in die Öffentlichkeit.

290

291 EU-Politik ist in Luxemburg höchstens bei Finanz- oder Steuerfragen ein Thema, wobei dann aber
292 ebenfalls keine kontradiktorische Debatte stattfindet. Dabei herrscht aber der (wohl berechnete)
293 Eindruck, dass Luxemburg weniger für eine zukunftsorientierte Politik eintreten würde, sondern eher
294 dann die Stimme erhebt, wenn es gilt gewisse Privilegien zu verteidigen oder evtl. vermeintlich
295 negative Folgen für unser Land abzuwehren. So z.B. was die Einführung einer Finanz- und
296 Transaktionssteuer angeht: Luxemburg bremst. Oder die Diskussion über eine
297 Digitalisierungssteuer: Luxemburg war lange eher ablehnend und tritt auch derzeit nicht gerade als
298 treibender Akteur auf. Bremsen oder abwarten ist bei so wichtigen Zukunftsfragen eher die Haltung
299 (mit der wichtigen Ausnahme der Auseinandersetzung bei Klimastrategien).

300

301 Gerne verweist unser Land darauf, derartige Maßnahmen seien besser auf OECD-Ebene angesiedelt,
302 was auch sicherlich stimmt. Nur weiß jeder, dass sie dann auf die lange Bank geschoben und wohl
303 z.T. nie kommen werden.

304

305 **Stellt sich demnach die Frage, auf welcher Seite Luxemburg in den kommenden Jahren stehen will:**
306 **als Verteidiger des "weiter wie bisher" oder als ferventer Verfechter eines demokratischen,**
307 **sozialen und ökologischen Umbaus der EU?**

308

309

310

311 **Anmerkung: Die Europaparlamentarier sind gefordert - aber auch die** 312 **politischen Parteien!**

313

314 Die Anregungen des Mouvement Ecologique zu den Europawahlen 2019 richten sich - über die
315 Kandidaten hinaus - in erster Linie an die politischen Parteien. Der Mouvement Ecologique ist der
316 Überzeugung, dass gerade die Parteien weitaus klarer Farbe bekennen müssen, was die EU-Politik
317 betrifft. Es kann und darf nicht sein, dass Europaparlamentarier z.T. als "*électron libre*" gelten und
318 quasi abseits von parteipolitischen Orientierungen abstimmen. Der Mouvement Ecologique erwartet
319 in der kommenden Mandatsperiode des Parlamentes weitaus klarere Aussagen der verschiedenen
320 Parteien zu relevanten Abstimmungen im Parlament!